

**D**eutsche  
Arbeit  
Deutsches  
Schicksal

Von

**Max Cohen-Kenß**  
Mitglied des Reichswirtschaftsrats



Herausgegeben von „Aufbau und Werden“  
Gesellschaft für praktische Volksaufklärung  
und Steigerung der nationalen Arbeitskraft

Der Firm Verlag / Berlin W 35

12735  
C. 15

# Deutsche Arbeit – Deutsches Schicksal

Von

Max Cohen-Reuß  
Mitglied des Reichswirtschaftsrats

1922



„Der Farn“ Verlag

---

Berlin W 35

## Vorwort.

Wenn man an das Verschwender- und Genießerleben mancher deutscher Kreise denkt, so überkommt einem eine gewisse innere Scheu, den Arbeitern zu sagen, daß sie durch vermehrte und intensivere Tätigkeit den Gesamtertrag der deutschen Volkswirtschaft verbessern müßten. Trotzdem aber darf man nicht schweigen; denn es ist nun einmal so, daß es in der Hauptsache darauf ankommt, was die Arbeiter tun. Mehr als je haben die Worte Berechtigung, die Ferdinand Lassalle vor mehr als 60 Jahren den Arbeitern zurief: „Sie sind der Fels, auf welchen die Kirche der Gegenwart aufgebaut werden soll.“ Und so schwierig auch die Lage der Sozialisten in Deutschland sein mag, die so wenig wie andere Parteien es fertigbringen können, den früheren Wohlstand zurückzuzaubern, weil der Krieg und seine Folgen allzu unbarmherzige Vernichtungsarbeit getan haben: nie hat unbegrenzte Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit den Dingen gegenüber so not getan, wie gegenwärtig. *Amicus Plato, sed magis amica veritas.*

Eines sei aber noch hervorgehoben: es handelt sich bei den auf diesen Blättern gemachten Darlegungen nicht um eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen die seit mehr als dreißig Jahren von der sozialistischen Arbeiterschaft erhobene Forderung des Achtstundentags. Wir alle, die wir Zweifel an der Möglichkeit der Durchführung des Achtstundentages in der jetzigen über alle Begriffe schwierigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands geäußert haben, wir haben seit zwei und mehr Jahrzehnten nicht nur selber für diese Forderung, sondern auch für viele andere sozialpolitischer Art gemeinsam mit unseren sozialistischen Freunden gestritten, und wir gedenken das auch fernerhin zu tun. Es muß aber erlaubt sein, zu untersuchen, ob nach diesem gewaltigen Krieg, der nicht nur Europa, sondern fast die gesamte Welt wirtschaftlich außer Rand und Band und in beinahe unlöslich scheinende Wirrnis gebracht hat, ob da nicht manche Forderung, die, in der Vorkriegszeit erhoben, sinnvoll

und richtig war, auch heute noch, unter so gänzlich verschiedenen Verhältnissen, ebenso genannt werden kann. Darum allein handelt es sich. Und gleichviel, zu welchem Resultat man bei gewissenhafter Prüfung der Angelegenheit auch kommen mag: von einem Hinausgleiten aus der sozialistischen Gedankenwelt, wie uns das hie und da vorgeworfen wird, kann keine Rede sein. Wenn die Einsicht in die augenblickliche Undurchführbarkeit mancher früher von uns aufgestellter Forderungen ein Hinausgleiten aus der sozialistischen Gedankenwelt bedeutet: wohl die Hälfte aller deutscher Sozialdemokraten wäre dann bereits „hinausgeglitten“; denn schließlich kann es, vom Standpunkt der Tempelhüter aus gesehen, ja doch nicht genügen, daß bestimmte Forderungen formal immer wieder erhoben werden, ihre Durchführung aber hübsch der Zukunft überlassen bleibt.

Ein bezeichnender Vorgang sei in diesem Zusammenhange noch erwähnt. Auf dem letzten sozialdemokratischen Parteitage hat der Reichswirtschaftsminister, der Genosse Robert Schmidt, in einer Rede mit Entschiedenheit verlangt, daß von dem Prinzip der Sozialisierung nicht abgegangen werden dürfe, aber, so sagte er dem Sinne nach weiter, niemand würde es verantworten können, in der überaus schweren gegenwärtigen Zeit Sozialisierungsexperimente zu machen. Dieser realen Auffassung kann man nur beipflichten, und es sind in der Hauptsache die Wucht und die Realität der Tatsachen, die mich zur Verfassung dieser Schrift veranlaßt haben.

Neubabelsberg, Ende Oktober 1922.

Max Cohen.

## I.

In der Friedensperiode, die dem Zusammenprall der mitteleuropäischen Mächte und der Entente voranging, ist von klarsichtigenden Politikern und von grundsätzlichen Kriegsgegnern häufig darauf hingewiesen worden, daß die Zerstörungen, die ein mit allen modernen Hilfsmitteln zwischen den großen Staaten geführter Krieg mit sich bringen würde, notwendigerweise ungeheuerlich sein und schwierige, kaum zu bewältigende, physische und psychische Wirkungen zur Folge haben müßten. Diese Zerstörungen sind da, nur sind sie noch schlimmer, als man es jemals vorher angenommen hatte. Man braucht nur um sich zu schauen. Rußland, Polen, Deutschland, Oesterreich, Ungarn bieten schauerliche Bilder für die Verwüstungen, die der Krieg den beteiligten Völkern gebracht hat. Wenn man von den beiden angelsächsischen Reichen, die am glimpflichsten davongekommen sind, vielleicht abzieht, tragen auch die Staaten, die als schließliche Sieger aus dem großen Kampfe hervorgegangen sind, schwer an seinen Folgen, namentlich Frankreich mit seinen zerstörten Gebieten. Ganz Europa ist siech geworden von den Wunden, die die Kriegsfurie ihm geschlagen hat, und seine aus den gewohnten Bahnen herausgeschleuderte Wirtschaft findet sich nicht wieder zurecht und hat die ganze Welt in Mitleidenschaft gezogen. Wir Deutsche leben eigentlich bereits seit den Augusttagen des Jahres 1914 wie auf einem Vulkan, dessen stets stärker werdende Ausbrüche immer größeres Unheil anrichten. Deutschland, dessen vor Gesundheit strotzende, von der Fülle der Produkte überquellende Wirtschaft aus der Vorkriegszeit wir alle gekannt haben, windet sich in schweren wirtschaftlichen Krämpfen, die zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß geben. Wenn sich nicht bald zeigt, daß von der inneren Gesundheit des deutschen Volkes und von seiner oft bewährten Arbeitskraft ein Teil übrig geblieben ist, der hinreichend ist, seine inneren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Ordnung zu bringen, dann wird Deutschland aus der Reihe der großen Völker ausscheiden und sich mit einer Rolle begnügen müssen, wie sie sonst nur kleine

und kleinste Nationen gespielt haben. Mit dieser Möglichkeit muß jeder Deutsche rechnen und bedenken, daß der Einzelne durch sein Verhalten zu seines Volkes Niedergang oder Aufstieg beiträgt. Besondere Verpflichtung aber liegt all denen (Einzelnen, Gruppen, Parteien) ob, die durch den Gang der Dinge zu maßgebendem Einfluß gelangt sind. Die wirtschaftlichen Verbände und politischen Parteien werden die Hauptverantwortung für das Schicksal des deutschen Volkes zu tragen haben. Sie müssen daher auf das sorgfältigste darauf achten, daß all ihre Handlungen nicht eigennützigen Zwecken, sondern der ganzen Volksgemeinschaft zum Nutzen gereichen. Das kann auf die Dauer nur dann geschehen, wenn man die Welt der Wirklichkeiten richtig sieht.

Als nach der durch den Zusammenbruch des alten Systems unabweidbar gewordenen politischen Umwälzung, die die Arbeiter vertretenden Parteien zur Macht gelangt waren, hatten weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft hieran die Hoffnung geknüpft, daß mit der politischen Veränderung nun auch eine vollständige Umgestaltung der bis dahin vorhandenen Wirtschaftsformen eintreten müsse. Sie hatten erwartet, daß an die Stelle der privatwirtschaftlich-kapitalistischen Produktionsweise die gemeinwirtschaftlich-sozialistische treten werde. Das ist ein großer Irrtum gewesen. Es soll hier nicht davon die Rede sein, ob etwa Einzelpersonen, oder auch eine Vielzahl von ihnen, in der Lage gewesen wären, der Massensehnsucht nach Sozialismus besser die Wege zu ebnet, als es geschehen ist; es soll hier lediglich festgestellt werden, daß von all den vielen Blühträumen kein einziger gereift ist, daß die Hoffnungen der Arbeiter auf den Beginn einer neuen sozialistischen (oder auch nur sozialistisch gerichteten) Wirtschaftsperiode sich nicht erfüllt haben. Geredet wird zwar noch immer davon. Und so wenig auch in der Wirklichkeit von einer sozialistischen Entwicklungstendenz etwas zu spüren ist: in der politisch-öffentlichen Phraseologie wird sie nach wie vor als etwas Vorhandenes verwendet. Damit schaffen sich die, die auf eine liebgeordnete Gewohnheit nicht verzichten können, nur überflüssige Schwierigkeiten für die Zukunft, die mit ein wenig mehr Mut und Trieb zum Erkennenwollen durchaus vermeidbar wären. Die privatwirtschaftlich-kapitalistisch gerichtete Entwicklung der deutschen Produktionsverhältnisse ist unerkennbar, und es wäre in der Tat zweckmäßig, sich in dieser Beziehung keinen Illusionen hinzugeben. Wenn man auch annehmen muß, daß (besonders vielleicht in diesem Winter) die schwierige allgemeine Lage noch öfters zu mehr oder minder starken Ausbrüchen der Unzufriedenheit gewisser, schwer um das Dasein ringender, Volksschichten führen wird, bei denen der Ruf nach Ueberführung der privatwirtschaftlichen Produktionsweise in die sozialistische stark ertönen mag, so darf man trotzdem mit einiger Sicherheit voraussagen, daß es in Deutschland Kräfte, die wirksam die privatwirtschaftlich gerichtete Entwicklung aufzuhalten und selbstschöpferisch eine andere an ihre Stelle zu setzen ver-

möchten, nicht gibt. In andern Ländern wird das ebenso sein, und in dem einzigen, in dem man angeblich kommunistische Experimente versucht hat, in Rußland, erklingt zur Wiederherstellung der Produktionskraft des Landes, der Ruf nach der Wiederkehr kapitalistischer Wirtschaft immer lauter. Mit der Herbeiführung russischer politischer Zustände in Deutschland, die unsere Kommunisten merkwürdigerweise immer noch wünschen, ist es nicht allein getan, man muß auch wirtschaften können. In diesem Punkte aber steht es in Rußland, obwohl die Bolschewisten über alle Macht verfügten (und auch noch verfügen), so schlecht wie nur eben möglich. Die Offenherzigkeit, mit der Lenin in seinen letzten Reden über die vollkommene Unfähigkeit der bolschewistischen Politiker zur Wirtschaftsführung gesprochen hat, sollte allen, die noch eine Spur von Verantwortungsgefühl haben, eine eindringliche Warnung sein. Es darf also trotz allem, das uns noch bevorstehen mag, fast zweifellos angenommen werden, daß kühle Ueberlegung und das drastisch wirkende russische Beispiel es verhindern werden, die politischen Verhältnisse in Deutschland den russischen nachzugestalten. Dann wird aber auch einstweilen kein Raum sein für sozialistische Versuche in der Wirtschaft, und wir werden froh sein dürfen, wenn es uns gelingt, der deutschen Wirtschaft einige kräftige Tropfen gemeinwirtschaftlichen Geistes, die nicht so leicht wieder ausgestoßen werden können, beizumischen. In der Hauptsache aber wird die Wirtschaftsära, die nach dem großen Völkerringen als eine neue Epoche beginnt, die eines über gewaltige Kräfte verfügenden Hochkapitalismus sein, und es hat wirklich keinen Zweck, gläubigen Hörern einzureden, daß sie die Richtung zum Sozialismus hin nähme.

Daß dies in Deutschland nahezu unmöglich ist, liegt nicht zum wenigsten auch an der allgemeinen Situation, in die wir durch den Verlust des Krieges geraten sind, eine Situation, die, an sich gesehen, noch ungünstiger ist als die russische. Während Rußland, wenn seine Wirtschaft in Ordnung wäre, fast unabhängig von fremden Rohstoffquellen zu leben vermöchte, ist Deutschland von einer solchen Autarkie weit entfernt. Während wir im Politischen einigermaßen frei sind und uns, innerhalb gewisser Grenzen, einrichten können, wie es uns gefällt, sind wir im Wirtschaftlichen eng an die allgemeine Weltwirtschaft gebunden. Infolge unserer Rohstoffarmut war diese Gebundenheit auch früher schon vorhanden; sie hat sich nach dem Krieg indes vervielfacht, und wir sind (nach dem Verlust wertvoller Gebiete und ohne eigene Kolonien) mehr als je auf die in der übrigen Welt erzeugten Rohstoffe angewiesen, wenn wir unsere industrielle Produktion aufrechterhalten wollen. Diese Verflechtung in die Weltwirtschaft (der wir die von uns benötigten Rohstoffe natürlich bezahlen müssen), muß eine starke Rückwirkung auf unsere innerwirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Gestaltung ausüben. Das hat sich auch mit Bezug auf die von den deutschen Arbeitern gewönten

wirtschaftlichen Umstellungen gezeigt, die, innerhalb nationaler Grenzen, stark durch politische Tatsachen und Machtverhältnisse bestimmt werden. Wenn in solchem Falle das Politische mit dem Wirtschaftlichen zusammenstößt, so zeigt sich fast immer, daß dieses primär ist und den stärkeren Faktor darstellt. Das trifft ganz besonders für eine nationale Wirtschaft zu, die, wie die deutsche, nach einem verlorenen Krieg nicht nur von rein wirtschaftlichen Beziehungen abhängig ist, sondern auch noch von Bedingungen, die die Sieger im Weltkrieg ihr auferlegt haben; das heißt in diesem Falle: von den Reparationsbedingungen, die weitgehenden Einfluß auf die deutsche Wirtschaft ausüben. Die große Wirkung, die von den Zerstörungen des Weltkriegs und den Reparationsleistungen ausgeht und die die innere Gestaltung der deutschen Wirtschaft mitbestimmt, läßt sich gut durch den folgenden Hinweis belegen.

Man kann sich den Beginn einer wirtschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus kaum anders als in einer außerordentlichen Umstellung der gesamten Produktion (die freilich erst nach und nach bewerkstelligt werden kann) vorstellen. Diese Umstellung müßte vor allen Dingen darin liegen, daß all die Produktionsstätten, in denen Waren für den Gebrauch und Verzehr der großen Volksmassen hergestellt werden, in stärkstem Maße vermehrt würden auf Kosten all jener Produktionsstätten, in denen solche Waren gar nicht oder nur in geringem Umfang hergestellt werden. Diese für die Erreichung sozialistischer Ziele wichtigste Umstellung der Gütererzeugung ist aber in Deutschland durch die Lage, in die uns der Krieg gebracht hat, nahezu unmöglich geworden. Sie ist, wirtschaftlich gesehen, jedenfalls außerordentlich viel schwieriger, als in der Situation, die vor dem Kriege bestand. Eine solche Umstellung ist um deswillen so ungeheuer schwer, weil wir bei der Herstellung unserer Produkte in viel höherem Maße als je zuvor auf ihre Absatzfähigkeit ins Ausland zu achten haben, da wir nur auf diese Weise die Ueberschüsse zu bezahlen vermögen, die nach Deckung des eigenen Bedarfs zur Tilgung der Reparationszahlungen notwendig sind. Wir können also, weil unsere Abhängigkeit von draußen liegenden politischen Faktoren so ganz besonders stark geworden ist, unsere Wirtschaft sehr wenig nach unseren eigenen Wünschen einrichten, auch wenn diese Wünsche noch so berechtigt wären und die jeweils hinter ihnen stehende Bevölkerungsschicht noch viel stärker wäre, als sie es ist.

Diese wenigen Bemerkungen über die augenblicklichen und für die nächste absehbare Zeit vorhandenen Grundtendenzen der deutschen Wirtschaftsentwicklung mögen, soweit es sich um die Umformung der kapitalistischen Privatwirtschaft handelt, genügen. Sie zeigen deutlich, was wirklich ist, und es wäre zu wünschen, daß man diesen Realitäten auch in der politischen Agitation mehr Rechnung trüge. Man würde dadurch manche unangenehme Enttäuschung verhindern.

Ein weiterer bedeutungsvoller Umstand, durch den die ruhige Weiterentwicklung der deutschen Wirtschaft (wie auch die der meisten anderen Länder) behindert wird, liegt in der durch den Krieg verursachten Störung des inneren Gleichgewichts der nationalen Wirtschaft. Im Frieden hatte sich eine Art bestimmten Verhältnisses zwischen den hauptsächlichsten Gewerben untereinander herausgebildet. Sowohl die Produktionsmengen wie auch die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Menschen standen in einem gewissen Verhältnis zueinander, bedingten einander und hatten eine Art Gleichgewichtszustand geschaffen, der, wenn er auch nicht starr war, sich dennoch nicht allzu wesentlich, jedenfalls aber im Laufe der Jahre nur langsam und nicht sprunghaft, veränderte. Mit diesem Gleichgewichtszustand haben die Erfordernisse des Krieges total aufgeräumt. Im Kriege sind durch das einfache ökonomische Mittel höherer Preisbewilligungen an die für den Krieg arbeitenden Industrien diesen im höchsten Maße Menschen und Kapital zugeführt worden. Daran Franken wir heute noch. Die Zurückführung von Menschen und Kapital aus diesen Industrien mit ihren zum Teil oft erweiterten Anlagen ist außerordentlich schwierig. Erst wenn sie durchgeführt ist und Geld und Menschen sich anderen Gewerben, besonders der Landwirtschaft, der eine stetig wachsende Bedeutung zukommt, zugewandt haben, wird allmählich wieder der notwendige Gleichgewichtszustand der Gewerbe untereinander, den keine Wirtschaft entbehren kann, erreicht werden. Was hier für die einzelne nationale Wirtschaft gesagt ist, gilt sinngemäß auch für die Weltwirtschaft. Auch in ihr standen die einzelnen nationalen Wirtschaften in einem gewissen, sich meistens nicht plötzlich ändernden Verhältnis zueinander, und überall da, wo durch besondere Vorkommnisse dieses Verhältnis gestört wurde, sind stets mehr oder minder große Schwierigkeiten entstanden. Diese in Friedenszeiten nicht allzu wesentlichen und meist verhältnismäßig leicht überwindbaren Schwierigkeiten sind durch den Weltkrieg ins Riesenhafte gewachsen. Die Wirtschaft mancher Länder hat ihren im Frieden vorhandenen Grundcharakter zu einem beträchtlichen Teil verloren, und diese Veränderungen finden ihren stärksten Ausdruck in der Tatsache einer zunehmenden industriellen Entwicklung der meisten Länder, die eine äußerst scharfe gegenseitige Konkurrenz auf dem allgemeinen Weltmarkte so lange zur Folge haben wird, bis auch hier die entsprechenden Umstellungen stattgefunden haben und ein Teil der aus ihrer normalen Friedensstätigkeit herausgerissenen Menschen wieder den Weg zu ihr zurückgefunden hat. Dann erst wird auch eine Art Gleichgewichtszustand innerhalb der Weltwirtschaft eintreten.

In Deutschland hat der Weltkrieg in besonders furchtbarer Weise die frühere Friedenswirtschaft unterbrochen und Zerstörungen (auch in der Substanz) hervorgerufen, von denen die meisten Menschen sich kein richtiges Bild zu machen vermögen, weil sie sich durch die hohen Gewinne

der Papiergeldbilanzen blenden lassen. Der lange Krieg hat zu Raubbau auf den meisten Produktionsgebieten gezwungen und einen rechtzeitigen Ersatz der Produktionsmittel nicht erlaubt; das ist auch bis jetzt nur unvollkommen nachgeholt worden. Wenn man die verheerenden Wirkungen in ein paar kurzen Sätzen ausdrücken will, so kann man sagen, daß sie sich besonders dadurch bemerkbar gemacht haben, daß der Krieg ungezählte Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate verschlungen, produzierende Menschen und Produktionsmittel in erschreckenden Mengen vernichtet und die Produktionsfähigkeit der übriggebliebenen Menschen wie der Produktionsmittel in erheblichem Maße verschlechtert hat. Es ist durch den Krieg bei uns alles in einer solch unerhörten Weise heruntergewirtschaftet worden, daß man mit Fug und Recht von der Notwendigkeit einer inneren Reparation sprechen muß. Während die äußere Reparation sich aber vielleicht durch eine entsprechende Außenpolitik mildern läßt, ist das bei der inneren nicht der Fall. Sie wird uns von niemandem abgenommen; wir müssen sie bis zum Tüpfelchen durchführen und durch eigene Arbeit die Dinge wieder in Ordnung bringen. Bis zur Stunde ist uns das keineswegs gelungen; man muß im Gegenteil, leider, sagen, daß es recht schlecht um uns steht, und daß wir uns sputen und all unsere Kräfte zusammennehmen müssen, wenn wir den dem Abgrunde immer näher rollenden Wagen aufhalten wollen. Das deutlichste äußere Zeichen für den gefährlichen Zustand unserer wirtschaftlichen Verhältnisse liegt in der unaufhaltsam fortschreitenden Entwertung des deutschen Geldes, die zu Erschütterungen führen muß, die der Weiterführung der Produktion jede sichere Basis nehmen. So nützlich unter Umständen eine schlechtere Valuta für den Wareneport sein kann, wird bei dieser Verschlechterung eine gewisse Grenze überschritten (noch dazu in schnellem Tempo und bei dauerndem Hin- und Herschwanken). So hört jede einigermaßen sichere Kalkulation auf und die Gefahr des Verlustes des Kapitals und der Produktionssubstanz wird immer größer. In dieser Lage befinden wir uns in Deutschland besonders durch die Entwicklung der letzten Monate, und der niedrige Kursstand der meisten deutschen Werte an den Börsen, die das Steigen des Dollars nicht durch entsprechende höhere Kursfestsetzungen mitmachen, ist ebenfalls ein deutliches Wetterzeichen.

Im Zusammenhang hiermit werden die Fragen der inneren Reparation, von der soeben gesprochen wurde, unmittelbar brennend, und wir werden uns fragen müssen, ob sie ohne stark gesteigerte Arbeitstätigkeit (im Vergleich zur Friedensleistung) überhaupt möglich ist, da ja auch die Verpflichtung zur äußeren Reparation nach wie vor besteht. Diese Frage muß unbedingt bejaht werden: ohne stark gesteigerte Arbeitsleistung, mit der wir die Qualität und Quantität unserer Waren zu erhöhen und unsere Preise zu verbilligen vermögen, können die Schwierigkeiten, in denen wir uns befinden, nicht überwunden werden. Es ist dabei unbedingt notwen-

dig, daß von dem Ertrag einer so vermehrten Arbeitstätigkeit ein erheblich größerer Teil der Arbeiterschaft zufällt, als das früher der Fall war. Deshalb sollte sich niemand über erhebliche Lohnerhöhungen wundern, die schon an sich notwendig sind und die in einer Zeit sinkenden Geldwerts unbedingt eintreten müssen. Ohne sie geht es einfach nicht. Die Arbeiterschaft muß sich hingegen darüber klar sein, daß die bloß nominelle Einkommenerhöhung nichts nützt, solange die Warenmenge dieselbe bleibt. Geldzeichen sind lediglich Anweisungen auf Waren; zuerst muß daher die Warenmenge vermehrt werden, wenn die nominelle Einkommenerhöhung ihren Zweck erfüllen soll. Geschieht das nicht, so ergibt sich (besonders im weltwirtschaftlichen Zusammenhang) ein sich immer mehr verschlechterndes Verhältnis zur Ware, die man erwerben will. Dieses Verhältnis wird auf Kosten des Einkommens umso ungünstiger, je höhere Geldsummen im Umlauf sind. Das Spiel gleicht dem Kampfe mit dem vorauseilenden Schatten, den man nicht einholen kann. Aber auch wenn es der politisch und gewerkschaftlich sehr viel stärker gewordenen Arbeiterschaft gelingen sollte, vom Ertrage der Gesamtproduktion einen höheren Anteil durch Herabminderung des Anteils der anderen Klassen zu erhalten, so würde eine auf diesem Wege erfolgte Einkommenerhöhung deshalb kaum sichtbar sein, weil die Arbeiter die zahlreichste Klasse sind. Daraus ergibt sich, wenn sich die Lage der Arbeiter überhaupt bessern soll, die bereits genannte Konsequenz: Stärkste Vermehrung der Gesamtproduktion, durch die allein der Anteil der arbeitenden Klasse wesentlich erhöht werden kann. Das ist besonders wichtig für die Produktionsgebiete, auf denen wir unabhängig von ausländischer Zufuhr arbeiten können, z. B. (das sind die wichtigsten) auf dem Gebiete der Kohlenproduktion, der landwirtschaftlichen Produktion und der Bautätigkeit. Eine stark vermehrte Leistung allein auf diesen drei Gebieten würde unsere innere Wirtschaftslage ganz erheblich bessern und als Zeichen beginnender wirtschaftlicher Gesundung gelten können. Nur die Vermehrung des Gesamtprodukts vermag ausreichend zu helfen; denn was die Arbeiter heute als Produzenten durch Lohnerhöhungen gewinnen, wird ihnen (wenn nicht die Gütermenge selbst größer wird) als Konsumenten wieder genommen. Die Machtstellung der Waren produzierenden Unternehmer ist um so größer, je geringer das vorhandene Gesamtprodukt ist, da sie alle Lohnerhöhungen auf den Warenpreis abwälzen können. Auch bei staatlichen und kommunalen Betrieben verhält es sich im Grunde ebenso. Hier gibt es überhaupt keine dem Unternehmergewinn gleichenden Ueberschüsse, die den Anteil der Arbeiter vergrößern könnten; es muß also jede Lohnerhöhung von der Volksgemeinschaft, d. h. von den Arbeitern selbst, wieder aufgebracht werden.

Niemals ist die Notwendigkeit einer vermehrten Gütererzeugung klarer zutage getreten als gegenwärtig, da die außerordentliche Ver-

schlechterung des deutschen Geldes Zustände herbeizuführen droht, die mit Sicherheit zu einem schauerlichen Zusammenbruch führen müssen. Es braucht nichts dagegen eingewendet zu werden, daß man jetzt den Versuch machen will, das Problem von der währungstechnischen Seite her anzufassen, um vor allen Dingen dem weiteren Sinken der deutschen Mark Einhalt zu tun und damit, für die Produktion im ganzen sowohl wie für jeden einzelnen, Verhältnisse zu schaffen, die wieder ein Rechnen auf sicherer Geldgrundlage ermöglichen. In Unternehmerkreisen hat man sich gegen die dauernde Entwertung des deutschen Geldes einigermaßen durch die Einführung der Goldrechnung (Dollarzahlungen oder Markzahlungen auf Grundlage des Dollarkurses) zu sichern gesucht, damit aber nur erreicht, daß die großen Massen des deutschen Volkes den an ihnen verübten Betrug um so stärker verspürten. Solange die deutsche Mark Zahlungsmittel für das große Publikum bleibt, das nur selten in der Lage ist, sich durch Beschaffung fremder Noten gegen die Wertverschlechterung des Geldes zu schützen, muß dieser Betrug bestehen bleiben. Alle Lohnempfänger aber, die sehen müssen, wie das erhaltene Geld, oft in kurzer Frist nach der Lohnzahlung, erheblich an Kaufkraft eingebüßt hat, tragen, ohne bewußtes Wollen mit an der weiteren Verschlechterung des deutschen Geldes und der deutschen Wirtschaft bei, weil sie die verdienten Geldzeichen so schnell wie möglich in Waren umsetzen. Aus Furcht vor der schnellen Entwertung der Geldzeichen wird eine Fülle aller möglichen Waren gekauft, von denen ein großer Teil nicht unbedingt notwendig ist und deren Kauf größtenteils unterbleiben würde, wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, Geld zurückzulegen, das nicht fortdauernd an Wert verliert. Auf diese Weise rächt sich das große Publikum recht empfindlich, da die dauernde Flucht vor dem Gelde und die Anschaffung von Sachwerten dazu führen, die unentbehrliche Kapitalneubildung zu verhindern. Oben und unten spielen sich also Vorgänge ab, die, was die sachliche Wirkung auf Wirtschaft und Geldwert anbetrifft, den gleichen (wenn auch nicht gleich starken) Effekt ausüben: weitere Verschlechterung des deutschen Geldes und weitere Erschwerung der Produktionstätigkeit.

Auf welche Weise man aber auch währungstechnisch versuchen mag, die deutsche Mark zu stabilisieren, ob dazu Kontrolle der Devisen, Ausgabe wertbeständiger Anleihen, Hergabe von Reichsbankgold mehr oder minder taugliche Mittel sein mögen: nie und nimmer vermögen diese und andere Hilfsmittel auf längere Zeit hinaus den Wert der deutschen Mark stabil zu erhalten, wenn nicht vermehrte Gütererzeugung, rationelle Produktion, verminderter Verbrauch sich diesen Maßnahmen anschließen. Solange wir nicht wieder begreifen wollen, was der sozialistischen Arbeiterschaft jahrzehntelang mit Recht gesagt worden ist, daß nur durch die Herstellung von Waren Reichtum hervorgebracht werden kann, Geldzeichen aber keinen Zweck haben, wenn die Waren, auf die sie nur eine Anwei-

sung darstellen, nicht vorhanden sind: solange drehen wir uns im Kreise und suchen ein unlösbares Problem zu lösen. Man kann eben nicht mehr verbrauchen und verteilen als da ist. Man kann auch die Währung nicht e n d g ü l t i g in Ordnung bringen, wenn die Wirtschaft in Unordnung verharret, die Staatsbetriebe unrationell und mit Verlust arbeiten, das innere Gleichgewicht der Staatsfinanzen nicht hergestellt wird und die schwebende Schuld des Staates dauernd durch die Hergabe ungedeckter Schatzwechsel vermehrt wird.

Dazu kommen noch die Reparationsleistungen, deren Reduzierung auf ein erträgliches Maß unbedingt erforderlich ist, wenn Währung und Wirtschaft gefunden sollen. Es scheint mir indessen, wie das vielfach angenommen wird, vollkommen falsch zu sein, die Reparationsleistungen als die Quelle allen wirtschaftlichen Übels hinzustellen; das ist in viel höherem Maße das seit dem Kriegsbeginn bestehende Mindererträgnis der deutschen Produktion.

Es mag richtig sein, daß der letzte ungeheure Sturz des deutschen Geldes nicht u n m i t t e l b a r durch die zu geringe Produktionsleistung hervorgerufen worden ist, sicher aber mittelbar. Hier rächen sich die Sünden vergangener Monate und Jahre; man kann eben nicht ungestraft aus einem Bassin auf längere Zeit mehr Wasser entnehmen, als hineinfließt. Wie augenfällig die Entwertung unseres Geldes mit der zu geringen Produktionsleistung zusammenhängt, dafür läßt sich übrigens aus der jüngsten Zeit ein treffendes Beispiel anführen. Es dürfte ziemlich bekannt sein, daß durch umfangreiche Einkäufe von Mais und Getreide eine außerordentliche Nachfrage nach fremden Devisen hervorgerufen worden ist, die sprunghaft deren Steigerung und die Verschlechterung des deutschen Geldes herbeigeführt hat. Diese starke Einfuhr von Mais wäre nicht nötig gewesen, wenn man seit Jahr und Tag besser auf die Hebung der Kohlen- und Stickstoffproduktion und (im Zusammenhang damit) auf die landwirtschaftliche Gütererzeugung bedacht gewesen wäre. Dann würde man, wie das in diesem Jahre notwendig ist, nicht ängstlich die überaus gute Ernte an Kartoffeln fast ganz für die menschliche Ernährung zurückzustellen brauchen, sondern man würde einen erheblichen Teil ohne Sorge zur Spiritusgewinnung verwenden können. Und wer möchte bestreiten, daß die ungeheuren Mengen ausländischer Kohle, die Deutschland viele Monate nicht nur für die industrielle Produktion, sondern auch für die Versorgung seiner Eisenbahnen, Elektrizitäts- und Gasmwerke (in Beträgen von vielen Milliarden allmonatlich) eingeführt hat, dazu beigetragen haben, Währung und Wirtschaft aufs empfindlichste zu schädigen! Ähnlich steht es mit der Einfuhr von Zucker und Zement. Beide Produkte haben wir in der Vorkriegszeit in großen Mengen ausgeführt; jetzt führen wir sie ein, obwohl wir sehr gut, nach wie vor in der Lage wären, sie in solchen Mengen zu produzieren, daß

wir ausfuhrfähig blieben. Das gleiche gilt auch für eine Reihe anderer Waren, und man kann nicht umhin, dem Schmerzensschrei zuzustimmen, den vor kurzem der Reichstagsabgeordnete und bekannte bayerische Bauernführer Dr. Heim in einem Aufsatz der Vossischen Zeitung ausstieß: „Wie ist es denkbar, daß eine verarmte Wirtschaft sich den Luxus leistet, Materialien, die wir im Inneren unseres Landes in Hülle und Fülle über den Bedarf hinaus erzeugen könnten, vom Ausland zu kaufen?“ Das deutsche Volk muß jetzt bitter darunter leiden (und in den kommenden Monaten wird das noch mehr der Fall sein), daß in den verfloffenen Jahren die Produktion an Geldzeichen sich nicht der Warenproduktion angepaßt hat. Durch stark vermehrte Produktion der Geldzeichen ist es zwar möglich, Verschiebungen in der Kaufkraft der einzelnen Volksschichten herbeizuführen und vorübergehend die einen auf Kosten der anderen in ihrer Kaufkraft zu stärken. Aber mit all dieser Verschiebung und Vermehrung des Papiergeldes kommt kein Zentner Getreide, Kartoffeln oder Kohlen, kein Stück Schuhwerk, keine Bekleidung für Männer oder Frauen mehr auf den Markt; hier kann nur ganz allein, das kann nicht oft genug hervorgehoben werden, eine starke Vermehrung der Produktion oder eine außerordentliche Einschränkung des Verbrauchs helfen, und es werden, wenn wir uns dazu nicht entschließen, Millionen deutscher Menschen auswandern oder zugrunde gehen müssen; das ist die Perspektive der nächsten deutschen Zukunft, wenn wir nicht Kraft und Gemein Sinn genug haben, den trostlosen wirtschaftlichen Zuständen ein Ende zu bereiten. Es muß also gesagt werden: wenn auch das deutsche Wirtschaftsproblem gegenwärtig zunächst ein reines Währungsproblem geworden zu sein scheint, auch dieses ist mit den obengenannten und von weiten Kreisen gewollten währungstechnischen Mitteln allein nicht zu lösen; sie können nur dann zweckmäßig sein, wenn zugleich Sicherheit gegeben ist, daß die Steigerung der Produktion nebst den anderen erwähnten Maßnahmen auf dem Fuße folgen, sonst müssen diese Mittel ein Schlag ins Wasser bleiben.

## II.

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich die Notwendigkeit zu prüfen, auf welche Weise die Vermehrung der Gesamtproduktion sich am schnellsten bewerkstelligen läßt. Man wird bei dieser Prüfung, da es tatsächlich um alles geht, keinem politischen oder sonstigen Programm zuliebe, wie es auch heißen oder aussehen mag, und wenngleich man ihm prinzipiell noch so gerne zustimmen möchte, darauf verzichten dürfen, traditionellen und lieb gewordenen Auffassungen zu Leibe zu gehen. Denn man muß bedenken, daß wir uns in Deutschland in einer ganz besonderen durch den furchtbaren Krieg verursachten Lage befinden, wie sie kein modernes Volk je erlebt hat. In einer solchen Lage kann man sich nicht auf Auffassungen berufen, die in der Vorkriegszeit richtig gewesen sein mögen. Die außergewöhnliche Lage verlangt außergewöhnliche Maßnahmen und Maßstäbe, und deshalb muß man, ohne Rücksicht auf das, was früher einmal richtig war und später wieder einmal richtig sein mag, an die Dinge herantreten. Wenn man das nicht tut und sich von mehr oder minder berechtigten Bindungen beeinflussen läßt, wird sich das von allen Seiten als richtig erkannte Ziel der Produktionsleistungen nicht erreichen lassen.

Es entsteht daher ganz von selbst die Frage, ob bei der gegenwärtigen Arbeitsintensität die absolut notwendige Steigerung der Gesamtproduktion sich ohne Verlängerung der Arbeitszeit erreichen läßt. Es war seinerzeit zweifellos eine große Tat, als der erste internationale Sozialistenkongreß der zweiten Internationale 1889 in Paris den Achtstundentag als Forderung der internationalen Arbeiterschaft auf seine Fahne schrieb. Zielweisend ist heute diese Forderung noch ebenso richtig, nicht weniger als jene andere, die die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen beseitigen will. Die Frage ist nur, ob diese wie jene Forderung sich mit den wirtschaftlichen Tatsachen der Gegenwart in Einklang bringen läßt. Die Durchführung des Achtstundentags haben die Sozialisten aller Länder damals erwartet als Folge der Intensivierung jedes

einzelnen Gewerbes; als Resultat der sich überall durchsetzenden Rationalisierung des Arbeitsprozesses. Nur so wäre der Achtstundentag ein normales Ergebnis der organisch sich entwickelnden Produktion geworden, und nur so ist er auf die Dauer durchführbar und haltbar. Keineswegs aber läßt sich der Achtstundentag für alle Gewerbe, deren Lage ja doch sehr verschieden ist, ganz allgemein einführen, wie das in Deutschland seinerzeit im November 1918 geschehen ist. Die Durchführung des Achtstundentages war damals in Deutschland aus politischen Gründen zweifellos eine Notwendigkeit geworden, der man sich nicht entziehen konnte, wenn man nicht die schlimmsten Gefahren heraufbeschwören wollte. Das bedeutet aber nichts für die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme: die steht auf einem ganz anderen Blatt. Die schematische Durchführung des Achtstundentages in Gewerben, in denen eine Intensivierung der Produktion nicht vorhergegangen, zum Teil auch nicht möglich ist, mußte, da auch die Unternehmer sich keineswegs mit der Intensivierung ihrer Betriebe beeilten, zu einer starken Produktionsverringering führen. Dies Ergebnis wäre, wenn auch in kleinem Umfang, wohl auch dann eingetreten, wenn der Krieg nicht so viele Produktionsmittel verschlehtert und vernichtet hätte. Eine Verminderung der Produktion kann Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage aber am wenigsten vertragen. An sich ist es ganz richtig, daß die Vermehrung der Gesamtproduktion vor allem durch die rationelle Ausnutzung aller Arbeitsmittel zu erreichen gesucht werden muß, und daß jeder Unternehmer, der nicht in seinem Betrieb alle nur erdenklichen Verbesserungen vornimmt, sich schwer an seinem Volke versündigt. Aber auch die Rationalisierung läßt sich nicht diktieren; sie braucht (auch bei gutem Willen der Unternehmer) Zeit und muß sich organisch entwickeln. Heute liegen, wie man annehmen darf, auf vielen Gebieten die Dinge so, daß für einen wirklichen Rationalisierungsprozeß (einmal ganz abgesehen von dem großen Mangel an Kapital) eine ganze Menge von Einrichtungen fehlen, die ebenfalls erst durch das andere Mittel der Produktionssteigerung: durch verlängerte Arbeitszeit, geschaffen werden müssen. Man kann daher wohl sagen, daß eine entsprechende Verlängerung der Arbeitszeit die Voraussetzung für die Rationalisierung in vielen Gewerben ist.

Nun wäre es aber überaus falsch (und meine Freunde und ich haben nie dergleichen gesagt), anzunehmen, daß an all den wirtschaftlichen Uebeln, an denen wir krank, der Achtstundentag die Schuld trage. Eine derartige Behauptung kann nur von solchen Leuten aufgestellt werden, die von eigenen Sünden ablenken wollen, und von dieser Sorte gibt es auch unter den Unternehmern nicht wenige. Es wäre nicht das geringste dagegen einzuwenden, wenn man alle Unternehmer zur Rechenschaft zöge, die, weil sich bei der Valutaverschlechterung so leicht Gewinne erzielen ließen, an der Verbesserung ihrer Betriebe selber herzlich wenig getan

haben. Diese Unterlassungsünden rächen sich übrigens in der jetzigen Situation ganz von selber; denn es ist trotz der riesenhaften Valutaverschlechterung durchaus nicht mehr leicht, große Gewinne zu machen, und der Zeitpunkt ist vielleicht schon nahe, wo das ganze deutsche Volk die Folgen einer Methode zu tragen haben wird, die die leichte Gewinnerzielung auf Grund der Geldentwertung einer solchen auf Grund rationalisierter Arbeitsweise und Qualitätsleistung vorgezogen hat. Wenn so der Anteil auch des Unternehmertums am geringen Produktionsertrag keineswegs bestritten werden soll und auch zugegeben werden muß, daß ein beträchtlicher Teil der Unternehmer durch falsche Investitionen und Werksverweiterungen zum Zwecke der Steuerhinterziehung, durch Kapitalflucht und ähnliche Maßnahmen an der Zerrüttung unserer Wirtschaft nicht wenig beigetragen hat, so wäre es dennoch falsch, anzunehmen, daß das Unternehmertum im allgemeinen die längere Arbeitszeit der technischen Verbesserung seiner Betriebe vorzöge. Das ist sicher nicht der Fall, da die erste Methode sehr viel kostspieliger ist als die letzte; aber es ist schon oben darauf hingewiesen worden, daß die Durchsetzung rationaler Produktionsmethoden keineswegs so einfach ist.

Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit wird vielfach eingewendet, daß allein schon die vorhandene Arbeitslosigkeit eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig mache, und daß wir für eine stark gesteigerte Produktion nicht die nötigen Absatzmöglichkeiten hätten. Bereits hier stößt man auf eine stark sinnwidrige Behauptung der unentwegten Anhänger des Achtstundentages. Wenn es nämlich richtig ist (und das wird ja immer behauptet), daß in acht Stunden ebenso viel produziert werden könne wie beispielsweise in neun, dann kann die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden nicht zur Unterbringung sonst Arbeitsloser dienen. Wenn aber bei der Verkürzung der Arbeitszeit tatsächlich viele Arbeitslose untergebracht werden können, so kann es nicht richtig sein, daß das Arbeitsprodukt das gleiche geblieben ist. Entweder wird also bei verkürzter Arbeitszeit im allgemeinen weniger geleistet, dann kann man Arbeitslose unterbringen, oder aber die Arbeitsleistung geht nicht zurück, dann ist aber auch kein Raum für die Unterbringung Arbeitsloser. Die beiden Behauptungen zugleich aufgestellt, können also nicht richtig sein. Allgemein-wirtschaftlich muß zu diesem Kapitel aber noch das Folgende gesagt werden. In Wirklichkeit hatten wir in Deutschland (im Gegensatz zu anderen Ländern) in dem allergrößten Teil der Nachkriegszeit so gut wie gar keine Arbeitslosigkeit, und auch gegenwärtig ist sie noch keineswegs beträchtlich geworden. Je mehr Arbeit aber durch qualifizierte Arbeiter geleistet wird, um so größere Arbeitsmöglichkeit entsteht für andere. Man darf also ruhig aussprechen: intensive Arbeits-tätigkeit bestimmter Arbeiterkategorien schafft für viele andere Menschen, besonders für solche, die in Neben- und Hilfgewerben tätig sind, eine

Fülle von Arbeit. Wie sehr das besonders für die Produktion von Kohlen zutrifft, ohne die die Weiterverarbeitung fast sämtlicher Rohstoffe zu Fertigfabrikaten unmöglich ist, weiß jedermann. Trotzdem hat der radikale Flügel der deutschen Bergarbeiter, als diesen in der Revolution die Siebenstundenschicht ohne weiteres zusiel, den schnellsten Uebergang zur Sechsstundenschicht gefordert, und grundsätzlich haben sich alle Bergarbeiterorganisationen für die Sechsstundenschicht erklärt, die bis spätestens 1. Februar 1920 durchgeführt werden sollte. Wer angeichts des grauenhaften deutschen Produktionsverfalls die Richtigkeit dieser bergmännischen Sechsstundenschicht zu bezweifeln wagte, dem ging es damals ebenso wie dem, der heute die allgemeine Durchführung des Achtstundentages in allen Gewerben für falsch hält: er wurde in Acht und Bann getan und als Vongze und Verräter des sozialistischen Gedankens bezeichnet. In Anbetracht der allgemeinen deutschen Not, die inzwischen aber noch mehr gewachsen ist, forderten damals eine ganze Reihe anderer Gewerkschaften von den Bergarbeitern eine Erhöhung der Kohlenförderung durch Ueberstunden. Im Jahrbuch 1920 des Bergarbeiterverbandes befindet sich darüber die folgende interessante Mitteilung:

„Tatsache war, daß nicht nur in Betrieben anderer Gewerbe mit zahlreichen Feierschichten wegen Kohlenmangels täglich gerechnet werden mußte, sondern daß große Betriebe auf längere Dauer überhaupt schließen mußten, weil kein Heizungs- und Feuerungsmaterial vorhanden war. Unsere Haupt- und Bezirksbüros, sowie die Lokalvertretungen und Betriebsräte in den Stein- und Braunkohlenrevieren wurden jeden Tag durch Duzende von Deputationen und Kommissionen anderer Gewerkschaftsorganisationen aufgesucht. Es wurde gewünscht, dafür zu sorgen, Kohlen an diejenigen Betriebe zu liefern, die unter Kohlenmangel zu leiden hatten. Zahlreiche Belegschaften hatten schon besondere Abkommen mit den einzelnen Fabriken abgeschlossen, um durch Ueberarbeit die Lieferung von Kohlen zu ermöglichen, während die Gegenseite dafür Textilwaren oder Lebensmittel anlieferte. Hier mußte regelnd eingegriffen werden.“

Außerdem sei noch der in der Bergarbeiterzeitung vom 3. Januar 1920 abgedruckte „Nottschrei aus der Glasindustrie“ an die Bergarbeiter wiedergegeben:

„Der Schrei nach Kohle wird in der deutschen Glasindustrie immer lauter. Industrielle und Arbeiter erheben ihn gemeinsam, wenn auch nicht aus gleichen Gründen. Für die Industriellen gilt es die so günstige Konjunktur auszunutzen, für die Glasarbeiter ist es der Schrei eines Leidenden, eines Hungernden, der von tiefer Verzweiflung gepackt ist. . . Der Nottschrei der deutschen Glasarbeiter kann

zum Verstummen gebracht werden. Die Not und Sorge, von der die Glasarbeiter seit mehr als 2½ Jahren bedrückt werden, kann durch eine Notstandsaktion der Bergarbeiter verschwinden. Erklären sich die deutschen Bergarbeiter bereit, in einer Woche, an je einem Tag eine Ueberstunde zu verfahren, das heißt, würde jeder Bergarbeiter 6 Ueberstunden machen und diese Kohle der deutschen Glasindustrie zugeführt werden, dann ist die deutsche Glasindustrie in der Lage, ihre Betriebe in vollem Umfange zu eröffnen, und die Klagen der Glasarbeiter werden dadurch erheblich gemildert, wenn nicht ganz verschwinden. Haben die Glasarbeiter das Recht, von den Bergarbeitern zu verlangen, daß diese 6 Ueberstunden leisten? Diese Frage muß mit Ja beantwortet werden; denn in politischer Beziehung haben die Glasarbeiter genau wie die Bergarbeiter ihre volle Pflicht und Schuldigkeit erfüllt. Das enge Band der Solidarität hält sie umschlungen; die Pflicht der gegenseitigen Unterstützung besteht für die Bergarbeiter. Die Glasarbeiter haben diese Pflicht immer als ihr vornehmstes Ziel betrachtet. Aus diesem Grunde richten die deutschen Glasarbeiter die dringende Bitte an die Bergarbeiter Deutschlands, diese 6 Ueberstunden zu verfahren, damit der entsetzlichen, geradezu trostlosen Lage gesteuert werden kann. . . Es sind gemeinsame Leiden des Proletariats, die die Arbeiter dieser beiden Industriegruppen zusammengeführt haben. In diesem gemeinsamen Kampf ist das Proletariat gestählt und wird deshalb auch Solidarität in weitestem Sinne des Wortes üben, diese Solidarität aber nicht nur im Munde führen, sondern auch in die Tat umsetzen. Die deutsche Glasarbeitererschaft rechnet deshalb damit, daß die deutschen Bergarbeiter diese 6 Ueberstunden verfahren werden. . . Im Anfang war die Tat! Gribig, Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes.“

Was aber die Absatzmöglichkeit bei einer stark gesteigerten Produktion anbetrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß es sich um einen weit verbreiteten wirtschaftlichen Irrtum handelt, wenn man, wie das heute vielfach geschieht, glaubt, daß für die herzustellenden Waren zuerst absolute sichere Absatzgebiete bereitzuliegen müßten. So liegen die Dinge nicht, eher umgekehrt: wenn gut und richtig produziert wird, so sucht sich das Fabrikat seinen Absatzmarkt und findet ihn auch zumeist; besonders wenn es preiswert ist. In dieser Weise hat sich auch der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands bis zum Kriege vollzogen; die stark gesteigerte deutsche Produktion hat sich ihre Absatzgebiete errungen, und die deutsche wirtschaftliche Entwicklung wäre niemals so erfolgreich gewesen, wenn man, bevor man ans Produzieren ging, zuerst die unbedingte Sicherstellung der Absatzmöglichkeit abgewartet hätte. Auch wenn man die Abwehrmethoden mancher Länder gegen deutsche Waren in Betracht zieht, so gibt es für gute, den Wünschen der Abnehmer angepasste deutsche Fabrikate (man denke nur an Südamerika) noch so viele Absatzmöglichkei-

ten in der Welt, daß man (abgesehen von Krisen, die auch die beste Konjunktur zeitweilig unterbrechen) auch heute noch die Behauptung aufstellen darf, daß sowohl jede Mark Kapital Anlagemöglichkeit wie auch jede Arbeitskraft Beschäftigung findet. Die Richtigkeit dieser wirtschaftlichen Tatsache wird auch nicht etwa dadurch über den Haufen geworfen, daß wir in Deutschland mit der Möglichkeit von Betriebseinschränkungen rechnen müssen. Bei solchen könnte an sich die zeitweise Streckung der Arbeit und die Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel sein, das anzuwenden wäre, wenn es sich darum handelte, sich einen Stamm gelernter Arbeiter und Arbeiterinnen zu erhalten. Ganz allgemein und unter allen Umständen aber angewendet, um die Schwierigkeiten eines Konjunkturschlages zu überwinden, dafür scheint mir die Verkürzung der Arbeitszeit in den vollkommen veränderten Verhältnissen und Zeiten überhaupt nicht mehr das geeignete Mittel zu sein, und zwar aus Gründen der Arbeitsorganisation wie der Arbeitsmoral. Die deutsche Volkswirtschaft im ganzen kommt wahrscheinlich viel besser dabei weg, wenn bei vorübergehender Arbeitslosigkeit wenigen eine Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird, als wenn die ganze Belegschaft eines Unternehmens sich an eine verkürzte Arbeitszeit gewöhnt.

Von den unbedingten Anhängern des Achtstundentages auch unter den heutigen Verhältnissen wird stets behauptet, daß seine Einführung die Arbeitsleistung keineswegs beeinträchtigt und keine geringere Gütererzeugung erlaube als bei längerer Arbeitsdauer. Ein Beweis für diese Behauptung wird aber nicht angetreten, denn es ist kein Beweis, wenn aus den Erfahrungen einer Reihe von Betrieben weniger und meist ganz bestimmter Gewerbe, der Schluß gezogen wird, so wie hier müsse es sich auch in der gesamten Wirtschaft verhalten. Das ist nicht richtig. Richtig ist vielmehr, daß in mancherlei Gewerben (zum Beispiel in feinmechanischen und ähnlichen) durch technische Verbesserungen im Lauf der Zeit eine Kompensierung stattfindet, weil der rationalisierte Arbeitsprozeß bei geringerer Arbeitszeit dasselbe Erträgnis liefert, wie der wenig rationalisierte Arbeitsprozeß bei längerer Arbeitsdauer. Wenn die Intensität der Arbeit sich so vermehrt, daß auch bei verkürzter Arbeitszeit die Mengen des Produkts nicht kleiner wird, so kann die verkürzte Arbeitszeit durchgeführt werden. Es ist aber wenig sicher, meist sogar unwahrscheinlich, daß diese Intensitätssteigerung überall stattfindet. Sie hängt in hohem Maße auch davon ab, ob bei der Anfertigung des Produktes die Haupttätigkeit durch Maschinen oder durch den Arbeiter erfolgt. Im letzteren Fall ist es natürlich sehr viel eher möglich, die Arbeitsintensität zu steigern, da sie vom arbeitenden Menschen selber abhängt; wird die Hauptarbeit indes von der Maschine geleistet, so liegen die Dinge viel schwieriger; dann läßt sich nämlich eine wesentlich gesteigerte Arbeitsintensität nur durch technische Verbesserungen erreichen. So liegen aber die Dinge in sehr vielen Gewerben,

besonders überall da, wo, wie in der Textilindustrie, die Hauptarbeit durch automatische Maschinen vollzogen wird.—Hier ist die Rationalisierung der Arbeitsmethode, weil der die Maschinen bedienende Mensch nur wenig dazu beizutragen vermag, keine schnell durchführbare Sache. Es kommt hinzu, daß die technischen Arbeitseinrichtungen, sofern nicht außergewöhnliche Erfindungen gemacht werden, sich nicht so schnell wie in früheren Zeiten verbessern lassen, da der allgemeine Stand der Technik noch nicht so hoch war wie heute. Daß die Sprünge einer niedrig stehenden Technik bis zur hochentwickelten größer und augenfälliger waren, als es die der hochentwickelten zur höchstentwickelten sein können, ist ziemlich wahrscheinlich. Außerdem ist sehr zu beachten, daß ein enger Zusammenhang zwischen Arbeitsleistung und Lohnmethode besteht. Bei Zeitentlohnung ist es durchaus nicht wahrscheinlich, daß bei verkürzter Arbeitszeit intensiver gearbeitet wird, da die Entlohnung nicht von der Leistung abhängt. Anders steht es natürlich beim Stücklohn (Akkordlohn), hier ist die Steigerung der Arbeitsleistung eher wahrscheinlich, da der Lohn vom Umfang der geleisteten Arbeit abhängt. Im allgemeinen ist die Entwicklung der letzten Jahre an sich der Entlohnung nach der Leistung nicht besonders günstig gewesen. Man weiß, daß die Entlohnung nach der Zeit und die Garantie eines bestimmten Einkommens die Qualität der geleisteten Arbeit sehr oft nicht gehoben hat und der Ausbildung von Qualitätsarbeitern nicht günstig gewesen ist. Es ist daher die höchste Zeit, daß überall da, wo es sich nur eben durchführen läßt, zwar ein auskömmlicher Minimallohn für jede Arbeit gewährt wird, daß aber Qualitäts- und Mehrleistung auch eine entsprechend höhere Entlohnung erfährt. Sonst muß die Arbeitslust herabgedrückt werden und die Aussicht unserer Güterproduktion zu vermehren bleibt gering. Wie wichtig es ist, die Arbeitsleistung des Einzelnen durch entsprechende Maßnahmen zu steigern, wird am besten durch das Beispiel der Braunkohlenproduktion bewiesen. Kaum bei einem Gebiet deutscher Produktionstätigkeit ist die Erzeugung in solchem Maße (auch verglichen mit der Vorkriegszeit) gesteigert worden wie hier. Diese erfreuliche Steigerung hat aber nur stattgefunden durch außerordentliche Vermehrung der Belegschaften und durchgreifende technische Verbesserungen. Die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters ist hingegen um 30% zurückgegangen. Wenn man bedenkt, in wie hohem Maße Elektrizitätsversorgung, Stichtoffgewinnung und Hausbrand von der Braunkohlenproduktion abhängen (die Umstellung vieler Betriebe auf Braunkohlenfeuerung sei nur nebenbei erwähnt) so ist leicht einzusehen, um wie vieles besser die Dinge stünden, wenn die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters auch nur die Friedensleistung erreicht haben würde.

Als im Sommer dieses Jahres über die Frage der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit im Reichswirtschaftsrat eine Vernehmung

von Sachverständigen stattfand, hat der als Sachverständige geladene frühere Chefredakteur der „Freiheit“, Dr. Hilferding, die Auffassung vertreten, daß durch gesteigerte Arbeitsintensität und Rationalisierung des Arbeitsprozesses der durch eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeigeführte Produktionsausfall auf die Dauer ausgeglichen werde. Es ist noch sehr die Frage, ob diese etwas mechanische Auffassung der Dinge in allen Fällen zutrifft. Aber auch wenn sie durchweg richtig sein sollte, so fragt es sich, (denn darauf kommt es für Deutschland vor allen Dingen an) wie lange es dauert, bis dieser Ausgleich erfolgt und ob Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage solange zu warten und bis dahin mit einer geringeren Gütermenge auszukommen vermag. Jeder der die wahre Situation unseres Landes kennt und der sich kein X für ein U vormacht, weiß, daß Deutschland nicht warten kann, daß vielmehr die ihm auferlegten Lasten (auch wenn sie beträchtlich vermindert würden) gebieterisch eine starke Steigerung seiner Gütererzeugung in kürzester Frist verlangen, ja, daß (da Waren nun einmal den wirklichen, wenn auch in Geld ausgedrückten, Wert darstellen, mit dem man Verpflichtungen bezahlen kann) Deutschland verloren ist, wenn es seine Gütererzeugung nicht wesentlich über die in der Vorkriegszeit hervorgebrachte steigert. Um das zu erreichen, ist aber eine (natürlich maßvoll) verlängerte Arbeitszeit zwar nicht das einzige, wohl aber das am schnellsten wirkende Mittel. Wenn dem nicht so wäre, so wäre die Anwendung von Ueberstunden sinnlos, und noch sinnloser wäre der zwölfstündige Arbeitstag, den die Bolschewiken zeitweilig in Rußland dekretiert haben; beide Arbeitszeitverlängerungen haben den Zweck, das Gesamtprodukt zu vergrößern. Ich weiß, daß die äußerste Linke einwendet: ja in Rußland arbeiten wir auch für uns selber und nicht für das Kapital. Diese Einwendung ist aber nicht stichhaltig, denn es kommt hier ganz allein darauf an, festzustellen, ob durchschnittlich mit einer längeren Arbeitszeit mehr Waren erzeugt werden können als in einer kürzeren; die beiden genannten Beispiele beantworten die Frage auch praktisch. Keinesfalls aber ist es möglich, daß eine ihrer Verantwortung sich bewußte Arbeiterschaft persönliche Mehrleistungen um deswillen ablehnt, weil der technische Apparat noch verbesserungsbedürftig sei. Das hat in einer lichten Stunde auch der „Vorwärts“, obwohl er ein fanatischer Anhänger des allgemeinen Achtstundentages ist, eingesehen. In der Morgenausgabe vom 15. September d. J. schrieb das Blatt bei einer Besprechung des Uebersehichtabkommens im Bergbau wörtlich das Folgende: „Natürlich muß der technische Apparat im Bergbau verbessert werden. Aber auch hier lassen sich die Dinge nicht übers Knie brechen. Jedenfalls kann man nicht warten, bis durch technische Verbesserungen Wunder geschehen. Sofortige Hilfe tut not.“ Sehr richtig. Nur gilt das, was hier für den Bergbau gesagt wird, für die gesamte deutsche Produktion.

Zu den Argumenten, die immer wieder gegen die Verlängerung der Arbeitszeit eingewendet werden, gehört auch die Behauptung, daß von einer vermehrten Arbeitsleistung das Unternehmertum den Hauptnutzen habe, und daß die Arbeiter es ablehnen müßten, sich zu diesem Zweck noch mehr als bisher zu plagen. Ich glaube nicht, daß das unbedingt so sein muß. Ich bin vielmehr der Meinung, daß, wenn die Lage des Landes Opfer von der Arbeiterschaft erheischt, diese erst recht, und zwar in höherem Maße, von dem Besitzenden gebracht werden müssen. Das läßt sich, wenn es nicht freiwillig geschieht, durch eine entsprechende Gesetzgebung sehr wohl erreichen, und es ist selbstverständlich, daß diese gesetzgeberischen Mittel dann ergriffen werden müssen. Da aber eine Mehrleistung der deutschen Arbeiterschaft, besonders aus außenpolitischen Gründen, notwendiger scheint, damit wir die uns von den Siegern auferlegten Verpflichtungen abzutragen vermögen, um so schnell wie möglich wieder ein freies Volk zu werden und die nationale Selbständigkeit und Freiheit der künftigen Generation zu sichern, so läge es nahe, die Mehrleistung der deutschen Arbeiterschaft (die sich ja ungefähr errechnen läßt) in einem Reparationsfonds abzuführen, aus dem ein Teil der uns auferlegten Wiedergutmachungen zu zahlen wäre. Dann käme das Mehrschaffen wahrhaft dem ganzen Volke und seiner Zukunft zugute, und es scheint mir zweifellos zu sein, daß sich Einrichtungen der erwähnten Art schaffen ließen, die verhindern, daß aus einer stärkeren Arbeitstätigkeit der Arbeiter den Unternehmern im großen und ganzen erhöhter Kapitalprofit zufließt. Im übrigen aber darf eine derartige Betrachtungsweise nicht ausschlaggebend für die Haltung der Arbeiter sein. Denn schließlich liegen die Dinge nun einmal so, daß in der kapitalistischen Privatwirtschaft den Unternehmern stets ein Nutzen aus der Tätigkeit des Arbeiters zufließt, sobald er die Arme zum Schaffen rührt. Das läßt sich nicht ändern, und weder die Arbeiter im besonderen noch das Volk im ganzen können warten, bis einmal, nach dem Sturz des Kapitalismus und durch Einführung der sozialistischen Produktionsweise, die volle Entfaltung der Produktion uns Güter in Hülle und Fülle beschert. Im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft und des gesamten deutschen Volkes wird man daher sagen müssen, daß die Frage nach der Mehrleistung der Arbeiter überhaupt nicht unter dem Gesichtswinkel beurteilt werden darf, ob die Unternehmer dabei einen größeren Nutzen haben. Sie aus Sorge darüber abzulehnen, würde, wenn sie notwendig ist, weder der wirtschaftlichen noch der politischen Stellung der Arbeiterschaft im neuen Deutschland entsprechen, hier kann nur das allgemeine Wohl entscheidend sein.

Ebenso ist es ein vollkommener Irrtum zu glauben (wie das von vielen bekannten Mitgliedern der sozialistischen Partei angenommen wird), daß die Arbeiterklasse die ungeheuren Kosten der Wiedergut-

machung allein, oder auch nur in höherem Maße trage, wenn sie einer Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit zustimme und mehr als sonst produziere. Diese Argumentation beruht auf einer sehr oberflächlichen Betrachtungsweise. Der Anteil, den die Arbeiter im Vergleich zum Unternehmertum, an den Reparationsleistungen tragen, ist durchaus unabhängig von ihrer Gesamtleistung; er kann bei sehr großer Gesamtleistung relativ niedriger sein, als bei einer kleinen. Das hängt von inneren Verhältnissen, von der inneren Kräfteverteilung und Machtstellung ab. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß der Anteil der Arbeiter an der Reparationslast größer sein wird, wenn das hergestellte Gesamtprodukt gering ist. Denn wenn die Unternehmerklasse formal dann auch die höchsten Lasten trägt: sie könnte sie bei geringer Gütererzeugung samt und sonders auf die Warenkäufer abwälzen. Wie bereits gesagt, ist die Stellung der Unternehmer nie stärker als bei unzureichender Gesamtgütererzeugung. Aber schließlich ist die Arbeiterschaft ja in der Tat die Verfertigerin aller vorhandenen Güter; nur dadurch, daß sie Tag um Tag unverdrossen die Arme regt, können überhaupt Waren entstehen, und in diesem simplen Sinne rührt freilich alles, was wir an Wiedergutmachungen leisten aus der Tätigkeit der Arbeiter her.

Aus den bisherigen Darstellungen darf nicht gefolgert werden, daß die achtstündige Arbeitszeit (unter Umständen sogar eine noch geringere) nicht in manchen Gewerben, wo schwere körperliche und geistige Forderungen an die Arbeitenden gestellt werden, aufrecht erhalten werden könnte. Das kann sehr wohl geschehen. Nur ist es nötig, zu differenzieren, und nicht alles über einen Leisten zu schlagen. Man kann ein so vielgestaltiges Ding, wie es die Wirtschaft eines großen Industrievolkes ist, nicht in spanische Stiefel zwingen, dagegen wehrt sie sich, und die Wirkungen dieser Abwehr treffen dann den, der diese Mechanisierung und Schematisierung vorgenommen hat. Bevor man zu endgültigen Maßnahmen auf diesem für die Wirtschaft eines Volkes so entscheidenden Gebiet schreitet, müßten alle vorhandenen wissenschaftlichen Untersuchungen, die es ja (besonders in Amerika) gibt, herangezogen werden, damit für die verschiedenen Gewerbe möglichst das Optimum erreicht wird. Außerdem aber ist der schematisch auf alle Gewerbe gleichmäßig übertragene Achtstundentag ein schweres Unrecht gegen all die Volksgenossen, die tatsächlich schwere körperliche und geistige Arbeit leisten und in einer achtstündigen Arbeitszeit ihre ganze Kraft hergeben. Es gibt eine ganze Menge Berufe, in denen das teilsfalls der Fall ist, besonders in solchen, in denen mehr regulierende und vermittelnde Tätigkeit vorherrscht. Wenn in diesen Berufen die vorhandenen Arbeitskräfte nicht voll ausgenützt werden und dadurch ein zu großer Personenkreis in ihnen beschäftigt wird, so führt dieser entbehrliche Teil ein parasitäres Dasein und muß von den übrigen wert-

schaffenden Menschen miterhalten werden. Die gesamten Staats- und Kommunalbetriebe gehören (in einem etwas anderen Sinne) in diese Kategorie, gerade bei ihnen muß, da sie aus den Mitteln aller Staatsbürger erhalten werden, aufs schärfste darauf geachtet werden, daß die in ihnen Tätigen ihre Arbeitskraft voll hergeben, damit nicht zuviel Menschen in ihnen beschäftigt werden.\*) Das ist um so nötiger, als man allgemein zu der Auffassung neigt (wenigstens in Deutschland ist es so), beim Staat und den übrigen öffentlichen Betrieben brauche man es nicht so genau zu nehmen. Es liegt daher auch im eigensten wohlverstandenen Interesse der Arbeiterschaft, in der Bemessung der Arbeitszeit verschiedene Maßstäbe anzulegen, je nach dem Beruf, um den es sich handelt, unter Beachtung des im Augenblick allgemeinen Grundsatzes freilich, daß nach der schweren Kriegsniederlage alle deutschen Menschen mehr arbeiten müssen als in der Vorkriegszeit, wenn Deutschland wieder zu Wohlstand gelangen und seine Bevölkerung ganz allmählich die frühere Lebenshaltung wieder gewinnen will. Wenn man das aber will, so darf man nicht, wie das bei uns geschehen ist, die Arbeitszeit ganz allgemein und unterschiedslos um ein Fünftel herabsetzen, ohne sich zu vergewissern, ob der durch die Zeitverkürzung zu erwartende Ausfall durch intensive Tätigkeit und rationellere Arbeitsmethoden wieder eingebracht wird. Die Dauer der Arbeitszeit ist, wie schon mehrfach hervorgehoben wurde, für die Menge der zu leistenden Arbeit von weit größerer Bedeutung als gemeinhin angenommen wird. Auch Dr. D. Hoffmann gibt dieser Auffassung in seinem lesenswerten Buch „Arbeitsdauer und gewerbliche Produktion Deutschlands nach dem Weltkriege“ (Stuttgart 1922) Ausdruck, indem er schreibt:

„Die Bedeutung der Arbeitszeit liegt darin, daß von ihrer Dauer die Menge der geleisteten Arbeit abhängt. Nach den gemachten Erfahrungen liegen die Dinge zwar nicht so, daß mit einer Verkürzung oder Verlängerung der Arbeitszeit in jedem Falle die Leistung proportional fällt oder steigt. Dennoch wird man an der Tatsache festhalten müssen: eine gewisse volkswirtschaftlich notwendige Leistungsmenge erfordert eine entsprechende Dauer der Arbeitszeit. Für das deutsche Volk der Nachkriegszeit, das zur Wiederaufrichtung seiner zerrütteten Wirtschaft sehr erhebliche gewerbliche Leistungen aufbringen muß, hat dieser Punkt ganz besondere Bedeutung.“

Im übrigen wissen wir aus den Produktionsziffern, daß wir den Produktionsertrag der Vorkriegszeit noch lange nicht erreicht haben. Wenn es auch zweifellos richtig ist, daß Arbeitsleistung und Arbeitswille des deutschen Volkes in den 4 Jahren, die seit der Revolution ins Land

\*) Das gilt sowohl für den einfachen Beamten und Arbeiter, wie für den Geheimrat, Staatssekretär und Minister.

gezogen sind, erfreulich zugenommen haben, so bleibt die Gesamtleistung noch weit hinter dem zurück, was wir brauchen, wenn wir wirklich wieder in die Höhe kommen wollen.

„Die Rechnung ist sehr einfach,“ so schrieb vor kurzem der bekannte sozialistische Kommunalpolitiker und frühere württembergische Staatsminister Professor Hugo Lindemann-Köln in den „Sozialistischen Monatsheften“. „Vor dem Krieg war eine in den einzelnen Gewerbebezügen verschieden lange, aber im allgemeinen um 10 Stunden herum liegende Arbeitszeit nötig, um die allmählich sich bessernde, aber, wenn wir die großen Massen betrachten, gewiß nicht übermäßig hohe Lebenshaltung aufzubringen. Die Leistungsfähigkeit der Arbeiterklasse war ungeschwächt. Bei stark geschwächter Arbeitskraft, bei Zerstörung unseres Produktions-, Verkehrs- und Handelsapparats soll jetzt eine wesentlich niedrigere Arbeitszeit ausreichen, um nicht nur das gleiche zu schaffen, sondern auch die gewaltige Wiedergutmachung zu leisten, die nur bei einer ungeheuren Vergrößerung unseres Produktionsapparats geleistet werden kann. Es ist unsinnig, das unmögliche von einem Wunder zu erwarten. In dieser Lage sind aber alle, die dieses Wunder von dem schematisch, ohne Differenzierung der besonderen Produktionsart durchgeführten Achtstundentag erwarten. Es gibt in der Dekonomie kein Wunder, weder für den einzelnen, noch für eine Klasse, noch für ein Volk. Nur Arbeit schmiedet das Schicksal.“

So ist es in der Tat. Ein Volk, das durch Krieg, Zerstörungen und Reparationsleistungen so schwer getroffen ist, wie das deutsche, muß mindestens ein Fünftel bis ein Viertel über seine Friedensleistung hinaus schaffen, wenn es sich seine alte kulturelle und wirtschaftliche Stellung in der Welt zurückerobern will. Vorläufig aber schätzt man den Produktionswert Deutschlands auf 70 bis 75 Prozent der Friedensleistung. Ganz genaue und einwandfreie Feststellungen gibt es darüber natürlich nicht, man darf aber annehmen, daß die genannten Zahlen annähernd richtig sind, so daß jedermann zu sehen vermag, was uns zu tun noch übrig bleibt. Nun ist es gewiß richtig, daß wir bei unsrer Arbeit, wenn sie erfolgreich sein soll, der Hilfe des Auslands bedürfen; wir müssen jedoch bedenken, daß wir zuerst selber die Hand ans Werk legen und zeigen müssen, daß wir alle Kraft hergeben wollen, um uns selber zu helfen, nur dann werden wir auf auswärtige Unterstützung rechnen können.

Was soll nun den geschilderten Tatsachen gegenüber geschehen? Die hier gemachten Darlegungen verfolgen nicht die Absicht, dafür zu plädieren, daß den Arbeitern eine längere Arbeitsdauer durch Gesetz aufgezungen wird. Ein solches Gesetz hätte gar keinen Zweck, da man die Arbeiter zu vermehrter Arbeitsleistung nicht zwingen kann. In Betracht kommt nur die freiwillige Annahme einer Verlängerung der

Arbeitszeit, erwachsen aus der Einsicht, die die Arbeiterschaft in die besondere Lage Deutschlands gewonnen hat. Nur so, freiwillig gegeben, wird die verlängerte Arbeitszeit für das ganze deutsche Volk von Nutzen sein, und ich hege persönlich keinen Zweifel, daß die deutschen Arbeiter in absehbarer Zeit aus der Einsicht in die harte Notwendigkeit einer verlängerten Arbeitszeit zustimmen, freilich dann (und mit Recht) von anderen Bevölkerungsschichten die gleichen Opfer fordern werden. Vielleicht wird die Einsicht der Arbeiter auch durch die nüchterne Tatsache gefördert, daß das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag bisher nur von wenigen kleinen, industriell nicht in Betracht kommenden Ländern, ratifiziert worden ist, während alle großen Industrieländer, an der Spitze Großbritannien (trotz der großen Arbeitslosigkeit in der englischen Industrie) und die Vereinigten Staaten von Amerika das bisher nicht getan haben, und dessen darf man gewiß sein, das Abkommen auch in Zukunft nicht ratifizieren werden. Wenn man auch an alle deutschen Menschen, ohne jede Ausnahme, appellieren muß, daß sie alle miteinander Ueberschichten leisten, damit das Schicksal, das uns sonst droht, abgewendet wird, so werden die eigentlichen Arbeiter in jedem Fall die Hauptlast dieser Mehrleistung zu tragen haben. Das liegt an der Sache selbst; denn die Arbeiter sind nun einmal die hauptsächlichsten Träger der Produktion. Aber auch politisch hat sich ihre frühere Stellung von Grund aus verändert. Während die Vertreter der deutschen Arbeiter in früheren Zeiten keine verantwortlichen Stellungen inne hatten, ist das jetzt in höchstem Maße der Fall: die Hauptverantwortung für die Entwicklung der Dinge trägt die Arbeiterpartei, die seit der Revolution Regierungspartei geworden ist. Wenn sie wirklich weiter regieren und sich die gewonnene Machtstellung nicht wieder entreißen lassen, sondern sie befestigen will, so darf sie vor den wirtschaftlichen Tatsachen die Augen nicht verschließen, sondern muß entschlossen und schnell das geben, was die wirtschaftliche Notwendigkeit und die äußerst schwierige politische Lage des Landes von ihr verlangen.<sup>\*)</sup> Und schließlich kommt es nicht nur darauf an, die politisch-wirtschaftliche Vormachtstellung im Staate zu haben; zuerst muß eine richtige Wirtschaft da sein, über die zu gebieten auch lohnt. Besonders aber die Gewerkschaften können dafür sorgen, daß die Vertreter der Arbeiter den richtigen Weg finden. Die Frage der Produktionssteigerung, die aufs engste mit der Frage der Arbeitszeit zu-

<sup>\*)</sup> Inzwischen hat die Sozialdemokratie es abgelehnt, gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung mitzuarbeiten. Das ist bedauerlich, weil die Kräftezusammenfassung, die man mit dem Namen „große Koalition“ bezeichnet, unbedingt nötig ist. Außerdem aber könnte die ablehnende Haltung der Arbeiterpartei den Anschein erwecken, als ob sie es vorzöge, die nach außen dankbare Rolle der Oppositionspartei zu spielen, statt mitverantwortlich die Geschäfte zu führen. Hoffentlich scheint das nur so; denn sonst dürfte sich bald zeigen, daß eine solche Abstinenzpolitik weder dem deutschen Volk im ganzen noch den Arbeitern im besonderen förderlich wäre.

sammenhängt, ist die entscheidende Lebensfrage für das deutsche Volk geworden, und die Gewerkschaften müssen dafür sorgen, daß sie in dieser Frage die Führung behalten und von selbst das Nötige tun. Sonst könnte es leicht geschehen, daß man den Unternehmern die dankbare Rolle zuschöbe, als Retter der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes aufzutreten. Wenn die politischen und gewerkschaftlichen Vertreter der Arbeiter so handeln, dann werden sie auch in der Frage des Achtstundentages den richtigen Weg finden und einsehen, daß er als Ziel zwar nach wie vor richtig bleibt, als allgemeines wirtschaftliches Prinzip, aber in der jetzigen Bedrängnis des deutschen Volkes aufgestellt, undurchführbar ist. So schwer es auch sein mag, bei den Arbeitern die psychischen Voraussetzungen für die hier aufgestellten Forderungen zu schaffen: es muß geschehen, weil die Sache, das Land und das eigene Interesse der Arbeiter es verlangen. Was nützen den Arbeitern die jetzigen Vorteile der verkürzten Arbeitszeit, wenn sie dadurch nur um so schneller in die Hölle eines vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruchs geraten? Wenn auch die Arbeiter nicht allein den Staat wieder fest auf die Beine stellen können, sondern alle mit dazu beitragen müssen, so werden doch sie, als wichtigste und zahlreichste Klasse, den Hauptteil dieser Arbeit zu tragen haben. Deshalb muß man sich vor allen Dingen an sie wenden in dem Bewußtsein, daß von der Haltung der deutschen Arbeiter wahrhaft das Schicksal und die Zukunft der deutschen Nation abhängen.

In neuer durchgesehener Auflage erschienen jüngst:  
*Zwei grundlegende politische Hauptwerke*

HEINRICH STRÖBEL  
**Die deutsche Revolution**

**Ihr Unglück und ihre Rettung**

Eine vollkommene zusammenfassende Darstellung unserer revolutionären Zeitgeschichte.

Kritik:

„Wie Mignets Geschichte der französischen Revolution, so bietet sich Ströbels „Revolution“ als ein klassisches Meisterwerk des nationalen Prosa-Schrifttums dar.“ („Natur und Gesellschaft“)

Preis broschiert Mark 700.—

Gebunden Mark 900.—

HEINRICH STRÖBEL  
**Die Sozialisierung**

**Ihre Wege und Voraussetzungen**

Eine Geschichte der Sozialisierungsversuche und Vorschläge, zugleich eine vollkommene Behandlung des Sozialisierungsproblems überhaupt.

Kritik:

„Seine schöne und klare Sprache verrät, mit welchem Ernst und wecker geläuterten Leidenschaftlichkeit er mit der Materie gerungen hat. Das Buch kann mit jedem ausdrücklichen Hinweis seiner einseitig sozialistischen Tendenz jedem empfohlen werden, der sich über die sozialistischen Probleme und Erfolge informieren will, gleichgültig, welche Stellungnahme zum Sozialismus er für gut hält.“ („Soziale Praxis“)

Preis broschiert Mark 700.—

Gebunden Mark 900.—

Der Firm-Verlag, Berlin W 35 / Postscheck Berlin 59720